

TARIFPOLITIK

„Nicht ins eigene Knie schießen“

Berthold Huber, 55, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, über eine neue Lohnformel für die Metallindustrie

SPIEGEL: Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall will die Preissteigerung bei künftigen Lohnabschlüssen nicht mehr berücksichtigen. Was halten Sie davon?

Huber: Unsere Mitglieder erwarten zu Recht, dass wir in unserer Tarifpolitik einbeziehen, wie sich die Lebenshaltungskosten entwickelt haben. Was denn sonst? Wenn die Arbeitgeber diese bewährte Praxis aufgeben wollen, wird auch die IG Metall über neue Prinzipien in der Tarifpolitik nachdenken.

SPIEGEL: Woran denken Sie konkret?

Huber: Bislang richten wir unsere Forderung danach aus, wie sich die Produktivität der Gesamtwirtschaft entwickelt. Es gibt nicht wenige Kollegen, die der Auffassung sind, wir sollten uns eher an der Produktivität der Metall- und Elektroindustrie orientieren. Die liegt nämlich in der Regel um mehrere Prozentpunkte über derjenigen anderer Branchen. Wenn die Arbeitgeber sich also nicht ins eigene Knie schießen wollen, kann ich ihnen nur dringend empfehlen, bei der bewährten Lohnformel zu bleiben: Danach sollten sich die Löhne mindestens so entwickeln wie die Preise und die Produktivität der Gesamtwirtschaft.

SPIEGEL: Manche Gewerkschafter meinen, dass nach Jahren des Verzichts nun wieder ein kräftiges Plus drin ist. Stimmen Sie zu?

Huber: Die Abschlüsse der vergangenen Jahre lagen zwischen 2,2 und 4,1 Prozent. Damit haben wir den Verteilungsspielraum einigermaßen ausgeschöpft. Dass die Beschäftigten netto weniger in der Tasche hatten, hing eher mit der gestiegenen Abgabenlast und dem Abbau übertariflicher Leistungen in den

Huber

Unternehmen zusammen. Ich plädiere für eine Tarifpolitik der Berechenbarkeit und Kontinuität.

SPIEGEL: In der Stahlbranche haben Sie jüngst einen Abschluss von 3,5 Prozent herausgeholt. Ist das ein Vorbild für die Metallindustrie?

Huber: Die Stahlunternehmen haben vergangenes Jahr durchweg glänzend verdient. Das war in der Metallindustrie in dieser Breite so nicht der Fall. Wir werden uns am Jahresende genau ansehen, wie die Entwicklung verlaufen ist und wie die Perspektiven sind. Darauf werden wir unsere Forderungen gründen. Es macht keinen Sinn, schon heute Marken für die Runde des nächsten Jahres in die Welt zu setzen.

SPIEGEL: Auch in der Metallindustrie haben manche Unternehmen dicke Gewinne eingefahren. Wie wollen Sie das berücksichtigen?

Huber: Nach unserem jüngsten Abschluss können die Tarifparteien für Betriebe, die Probleme haben, unter ganz bestimmten Kriterien für eine begrenzte Zeit tarifliche Standards unterschreiten. Das tun wir aber nur nach eingehender Prüfung, ob die Fakten das wirklich hergeben. Bei der nächsten Tarifrunde müssen wir auch über Wege diskutieren, wie wir umgekehrt die Beschäftigten in besonders erfolgreichen Betrieben besser an den Ergebnissen beteiligen können.

KOHLEPOLITIK

Bund will NRW an Altlasten beteiligen

Die Bundesregierung will bei der geplanten Neuordnung der Kohlepolitik auch das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) in die Pflicht nehmen. Im Bundeskanzleramt und im Bundeswirtschaftsministerium arbeiten Experten derzeit an einer neuen Variante des ursprünglichen Konzepts. Demzufolge sollen die Erlöse und die Altlasten aus dem vorgesehenen Börsengang der RAG, dem einzigen Steinkohleproduzenten der Republik, in eine Stiftung oder einen Fonds fließen. Dieser soll nicht nur vom Bund, sondern auch vom



FRANK AUGSTEIN / AP

Kohlekumpel

Land NRW getragen werden. Zugleich übernimmt dieser Fonds die Altlasten aus dem Untertageabbau – es geht dabei vor allem um Pensionsverpflichtungen und Haftungsansprüche aus künftigen Bergschäden. Bisher sollten sowohl Erlöse als auch Altlasten nur beim Bund gebündelt werden. „Wir haben aber mit den Altlasten gar nichts zu tun“, sagt ein Regierungsbeamter und beruft sich auf das geltende Recht. Danach müsste NRW die restlichen Verpflichtungen übernehmen, sollten die Vermögenswerte der RAG – zu der eine Immo- bilientochter sowie der Energiekonzern Steag und der Chemieproduzent Degussa gehören – für die Altlasten irgendwann nicht mehr ausreichen. Vor diesem Hintergrund sei es „nur fair, wenn sich Nordrhein-Westfalen beteiligt“.